

## Hintergrundinformationen

### EU-Trainingsmission (EUTM) in Mali



#### Vorgeschichte

- › Mali bis 1960 französische Kolonie;
- › galt seit seiner Demokratisierung im Jahr 1992 als demokratisches Musterland Westafrikas;
- › seit jeher jedoch schwelende Konflikte zwischen nördlichem und dem südlichem Landesteil (aber auch innerhalb dieser Blöcke), geographisch, ökonomisch und ethnisch begründet;
- › in letzten Jahren durch Lösegelderpressungen und Drogenschmuggel Etablierung und Verfestigung von Islamisten und anderen Rebellengruppen sowie Tuareg-Kämpfer, insbesondere im Norden Malis; Verschiedenste Rebellorganisationen, islamistische und kriminelle Gruppen und Kämpfer, teilweise schwer bewaffnet drangen nach dem Libyenkonflikt in Mali ein und brachten in kürzester Zeit den ganzen Norden unter ihre Kontrolle.
- › März 2012 Putsch durch malische Soldaten unter Führung von Hauptmann Amadou Sanogo und Sturz von Staatschef Amadou Toumani Touré infolge eines Massakers an fast 100 malischen Soldaten in Tessalit durch Rebellen – Massaker unterstrich Hilflosigkeit und Schwäche der Zentralregierung, sich gegen Rebellen zur Wehr zu setzen;
- › Im April 2012 Ausrufung im Norden Malis Ausrufung des unabhängigen Staates „Azawad“ durch Tuareg-Gruppierung MNLA; bis Ende 2012 Konsolidierung der Herrschaft verschiedener Rebellengruppen im Norden Malis; dabei zentrale Rolle islamistischer Fundamentalisten;
- › Am 6. Januar Beginn von Rebellenangriffen auf Städte im südlichen Teil des Landes, der vorher unter Kontrolle der Zentralregierung stand;
- › auf Bitten malischer Übergangsregierung und auf Grundlage der VN-Resolutionen 2056 (2012), 2071 (2012) und 2085 (2012) griff Frankreich in den Konflikt ein; innerhalb weniger Wochen Rückeroberung der größten Städte im Norden durch französische Truppen, unterstützt von Armeen anderer westafrikanischer Länder;
- › malischer Übergangspräsident Dioncounda Traoré bat Hohe Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik in Schreiben vom 24. Dezember 2012 um Unterstützung durch eine EU-geführte Ausbildungsmission;
- › Am 18. Februar 2013 Beschluss der EU-Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer europäischen Ausbildungs- und Trainingsmission (EUTM) für Mali;
- › Im November 2013 Verhaftung von Amadou Sanogo, nachdem er der Beihilfe zur Entführung beschuldigt wurde;

#### Aktuell

- › Mission sieht Ausbildung und Training so genannter Battle Groups von jeweils 700 Soldaten vor
- › Seit Start der Mission im April 2013 wurden rund 2.100 Soldaten durch 300 Ausbilder\_innen aus 24 Nationen, darunter Deutschland, ausgebildet
- › Anfang Januar 2014 startete Ausbildung der 4. Battle Group der Malischen Armee
- › Malische Regierung wünscht sich Ausbildung weiterer vier Battle Groups im Rahmen eines zwei-

ten Mandatszeitraums von 24 Monaten

- › Langfristiges Ziel ist Aufbau von 12 Battle Groups (Gefechtsverbänden) – letztes Drittel der Verbände soll durch malische Streitkräfte selbst aufgebaut werden
- › Avisiert ist entsprechend EUTM Mali Mitte 2016 abzuschließen
- › Bundesregierung hat angekündigt, ihr Engagement in Mali verstärken und Frankreich personell entlasten zu wollen
- › Aktueller Antrag der Bundesregierung sieht deshalb Anhebung der Mandatsobergrenze von 180 auf 250 Soldat\_innen vor
- › Zudem soll Bundeswehr sich künftig an der Sicherung von Personal, Material, Infrastruktur und gesamtem Ausbildungsvorhaben von EUTM Mali beteiligen;
- › Aktualisierter Operationsplan der Europäischen Union hierzu soll im Mai vorliegen
- › Entwicklung in Mali ist insgesamt durchwachsen; zu positiven Entwicklungen sind zu zählen:
  - ∨ relativ hohe Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahl nach dem Militärputsch
  - ∨ keine massiven Störungen der Wahl durch regierungsfeindliche Gruppen, wie dies im Vorfeld erwartet wurde
  - ∨ Initiativen zur Versöhnung wie die Reintegration von Rebellen in die Armee sowie die Mischung der in Ausbildung befindlichen Gefechtsverbände
  - ∨ Sicherheitslage hat sich verbessert
- › Problematisch dagegen:
  - ∨ Wiedererstarben von islamistischen Rebellen im Norden Malis, die laut VN an Bewegungsfreiheit dazugewonnen hätten
  - ∨ Versöhnungsprozess insgesamt ins Stocken geraten; diesbezügliches Engagement von Präsident Ibrahim Boubacar Keita ambivalent; abgesehen von einigen vertrauensbildenden Maßnahmen sind hier bisher keine substantiellen Erfolge zu verzeichnen
  - ∨ Parlamentswahlen, die Präsidentschaftswahlen folgten, wurden bereits von geringer Wahlbeteiligung sowie Gewalt und Attentaten, u.a. auch gegen Personal der Vereinten Nationen, überschattet

## **Deutsches Mandat**

- › Völkerrechtliche Grundlage: Resolutionen des UN-Sicherheitsrates 2071 (2012), 2085 (2012), 2100 (2013); Beschlüsse des Rates der EU 2013/34/GASP, 2013/87/GASP; Artikel 24 Abs. 2 Grundgesetz (Teilnahme im Rahmen und nach den Regeln eines Systems kollektiver Sicherheit);
- › Fortsetzung des Mandats um rund 12 Monate (bis einschließlich 28. Februar 2015);
- › veranschlagte Kosten für Mandatszeitraum rund 17,2 Mio. EUR (vergangene 12 Monate 13,5 Mio. EUR);
- › Anheben der Mandatsobergrenze von 180 auf bis zu 250 einzusetzende Soldat\_innen;
- › Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen der Mission:
  - ∨ Planung und fachliche Aufsicht auf Ebene der Missionsführung,
  - ∨ sanitätsdienstliche Unterstützung,
  - ∨ Durchführung von Ausbildung malischer Soldat\_innen, insbesondere Pionierausbildung,
  - ∨ Beratung des malischen Verteidigungsministeriums und von Führungsstäben der malischen Streitkräfte,
  - ∨ Sicherung von Personal, Material, Infrastruktur und Ausbildungsvorhaben von EUTM Mali

- › Derzeit 106 Soldat\_innen (davon 17 Frauen) der Bundeswehr eingesetzt (Stand: 12.02.14)

### **Bewertung**

- › Ausbildung und Training der malischen Streitkräfte ist wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Landes und zum Schutz der Bevölkerung vor Angriffen islamistischer Fundamentalisten und sonstiger gewaltbereiter Rebellen Gruppen;
- › Stärkere Beteiligung Deutschlands an der europäischen Ausbildungsmission ist grundsätzlich zu begrüßen; allerdings muss ziviles Engagement im Mittelpunkt stehen; hier geschieht noch immer zu wenig; nicht militärische Maßnahmen müssen durch zivile flankiert werden – im Gegenteil muss der zivile Aufbau- und Versöhnungsprozess im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen;
- › Vorgelegter Mandatsentwurf der Bundesregierung unterscheidet sich kaum von letztem Mandat, dem Grüne Bundestagsfraktion breit zugestimmt hatte;
- › Bundesregierung sollte aber wie auch in unserem Entschließungsantrag gefordert eine Evaluation des bisherigen deutschen Engagements vorlegen und dies auch rechtzeitig vor Ablauf des vorliegenden Mandats erneut tun;
- › malische Regierung hat die internationale Gemeinschaft deutlich dazu aufgefordert, sich im Land zu engagieren; dieses Vorgehen wird auch von den Bürgerinnen und Bürgern mit großer Mehrheit unterstützt;
- › rot-grüne Regierung in Frankreich hat bei ihrem Einsatz in Mali dezidiert auf europäische und internationale Zusammenarbeit gesetzt und die Mission deutlich von vergangenen Einsätzen in Afrika abgesetzt;
- › Bundesregierung muss sich verstärkt dafür einsetzen, dass der Aussöhnungsprozess in Gang kommt und ein nachhaltiger Frieden möglich wird;
- › Bevorstehende Kommunalwahlen sind wichtig für weitere Stabilisierung des Landes und Rückkehr zu demokratischer Verfasstheit; hier besonderes Engagement der Europäischen Union notwendig;
- › regionale politische Lösung unter Einbindung von Algerien und Marokko ist unabdingbar – zentrale Probleme wie die Verwicklung der Rebellen in Drogenschmuggel und Entführungen sind nur regional zu lösen;

### **Empfehlung**

Wir empfehlen Euch, der Fortsetzung der EU-Ausbildungs- und Trainingsmission für Mali zuzustimmen.

Auf der folgenden Seite: Mali-Karte, auf der das Gebiet des von den Rebellen 2012 ausgerufenen „Azawad“ sichtbar ist.

